

Alles tun, was nötig ist, um die EU im „Interventions-Gleichschritt“ zu halten

Alastair Crooke

Die EU-Führung ist entschlossen, die Proteste zu ignorieren, egal wie laut sie werden.

Es liegt ein Hauch von Verzweiflung über dem Brüsseler Schlachtfeld. Vergessen Sie den Ukraine-Krieg – der ist ein hoffnungsloser Fall und es ist nur eine Frage der Zeit, bis er sich endgültig auflöst; doch die Ukraine – als Symbol dafür, wie sich die Euro-Elite selbst sieht – könnte nicht weniger existenziell sein. Sie wird in Brüssel zynischerweise als Schlüssel gesehen, um die 27 Mitgliedstaaten im „Gleichschritt“ zu halten – und als Gelegenheit für eine Machtübernahme: Wir Europäer sind „Opfer“, wie die Ukraine, „von Putins Handlungen“; „alle müssen dem neu installierten Kommando ‚Kriegswirtschaft‘ Opfer bringen“.

Denken Sie an die Befürchtungen (aus Sicht Brüssels), die Ukraine aufzugeben, um Moskau um Gas und Öl zu bitten. Eine Rede von Präsident Macron letzte Woche gab einen Vorgeschmack auf das, was folgen könnte: Macron sagte letzte Woche auf einer Botschafterkonferenz im Élysée-Palast, die EU dürfe nicht zulassen, dass osteuropäische Kriegstreiber die EU-Außenpolitik bestimmen, oder gar zulassen, dass die Osteuropäer einseitig zur Unterstützung Kiews handeln. „Ein Kommentator scherzte, dass Macron wenigstens die berüchtigte Bemerkung von Jacques Chirac vermieden habe, die Osteuropäer hätten eine Gelegenheit verpasst, die Klappe zu halten“.

Das EU-Establishment handelt daher mit Feuereifer, um den „Zusammenhalt der 27“ zu sichern und dem Risiko vorzubeugen, dass sich der Konsens auflöst, bevor das Schreckensszenario eines Anstiegs der Gas- und Stromausgaben um 2 Billionen Euro eintritt; ein Anstieg der einheitlichen Energierechnungen um 200 Prozent in ganz Europa, das entspricht 20 Prozent des verfügbaren Einkommens der Haushalte, das sind Zahlen von Goldman Sachs Research. Die [großen Demonstrationen](#) in Europa am vergangenen Wochenende hatten eine klare Botschaft: „Wir wollen das Gas zurück. F*** NATO!“

Die EU-Führung ist entschlossen, solche Proteste zu ignorieren, egal wie laut sie werden.

Russland sagt, dass ohne Aufhebung der Sanktionen kein Gas durch Nordstream 1 fließen wird. Das ist eine Pistole am Kopf der EU – als [Reaktion](#) auf die gegen Russland verhängten Sanktionen. Würde die EU-Führung jedoch der Forderung der Demonstranten nachkommen, dass die EU die Ukraine vergisst und die Sanktionen gegen Russland aufhebt, würden die Osteuropäer der EU natürlich eine weitere Pistole an den Kopf setzen (das Vetorecht bei außenpolitischen Fragen der EU). Macron hat Recht.

Das ist die innere Aussicht auf die Auflösung. Nach außen hin ist die Lage nicht rosiger. Der Respekt vor den Werten der EU nimmt in den nicht-westlichen Ländern deutlich ab. Ihr Ansehen erodiert. Afrika und der Globale Süden stehen wegen der Ukraine abseits; die OPEC+ hat ihren Standpunkt durch die tatsächliche Kürzung der Rohölproduktion (100.000 Barrel/Tag) mehr als deutlich gemacht; und der Iran hat der EU gerade einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem

er sagte, dass es keine Einigung geben wird, solange die „ungelösten Uranpartikelprobleme“ nicht gelöst sind.

Wie ein Leitartikel der *Global Times* diese Woche [erklärte](#):

Seit dem Ausbruch des Russland-Ukraine-Konflikts haben die USA und ihre Verbündeten versucht, andere dazu zu bringen, ihre Sanktionen zu unterstützen, aber sie haben sich nicht die Mühe gemacht, darüber nachzudenken, warum ihr Taktstock nicht mehr funktioniert. Ganz einfach: Der schwindende Einfluss des Westens ist auf seinen Machtmissbrauch zurückzuführen, bei dem er die Interessen anderer Länder egoistisch missachtet und ausnutzt. Wie kann die internationale Gemeinschaft dem Westen nach allem, was er getan hat, noch vertrauen?

Kein OPEC- oder iranisches Öl als Balsam für das „Opfer“ der EU für die Ukraine. Viele nicht-westliche Länder wandern vielmehr zu den BRICS und dem SOZ-Bündnis ab.

Dennoch hält die EU an ihren Prinzipien zur „Rettung der Ukraine“ fest. So schlägt die EU, nachdem sie sich „das ganze Wochenende über abgemüht“ hat, „historische Eingriffe“ in den Energiemarkt vor – einschließlich einer Abgabe auf überschüssige Gewinne von Strom- und Energieunternehmen und Maßnahmen, die von Gaspreisobergrenzen bis zur Aussetzung des Handels mit Stromderivaten reichen.

Mit einem Wort, jeder andere Rohstoffmarkt wird demnächst „reguliert“ oder zu Tode gedeckelt. Und die EU nimmt ihren „Wirtschaftskrieg mit Russland“ ausdrücklich sehr wörtlich:

Das sogenannte „Notfallinstrument“ für den Binnenmarkt, das am 13. September [vorgelegt](#) werden soll, sieht mehrere Stufen vor, die der Kommission je nach Situation unterschiedliche Befugnisse einräumen. Mit diesem neuen Instrument wird die Kommission Notfallbefugnisse anstreben, die ihr das Recht geben, Lieferketten neu zu organisieren, Vermögenswerte von Unternehmen zu beschlagnehmen, Handelsverträge mit Lieferanten und Kunden umzuschreiben, Unternehmen anzuweisen, strategische Reserven zu horten, und sie zu zwingen, EU-Aufträgen Vorrang vor Exporten zu geben.

Hmmm. Wenn das angenommen wird, würde die EU buchstäblich in die Kommandozentrale einer Kriegswirtschaft verwandelt.

Es würde auch die Mitgliedsstaaten durch die zentralisierte Kontrolle der gesamten Matrix der wirtschaftlichen Infrastruktur – aus der es keine Ausnahmen geben wird (weil ... weil „wir alle sparen müssen“) – in einen Gleichschritt gulliverisieren.

Europa wird also das bisschen Energie, das es bekommt, nicht über den Preis rationieren, sondern es wird die Industrieproduktion und die Haushalte subventionieren – selbst wenn die neu gedruckte Finanzierung bedeutet, dass Europa in eine inflationäre Depression und einen Währungskollaps getrieben wird. Die Zahlen und die Liquidität, die dafür erforderlich sind, werden wahrscheinlich massiv sein. Allein das deutsche Rettungspaket für die Verbraucher beläuft sich auf 65 Milliarden Dollar.

Aber diese Subventionen gehen am Thema vorbei. Sie mögen den europäischen Verbrauchern kurzfristig eine gewisse Erleichterung verschaffen, aber die Kosten sind nicht das Hauptproblem.

Das Problem bleibt, ob Erdöl und Erdgas zu einem vernünftigen Preis verfügbar sein werden – der Preis ist irrelevant, wenn das Angebot gegen Null geht.

Das Angebot ist eine Sache. Die strukturellen Widersprüche zu diesem Konstrukt der Kriegswirtschaft sind jedoch eine ganz andere. Wie genau passt dieses explizit inflationäre „Rettungspaket“ mit der Entschlossenheit der EZB zusammen, die Zinsen zu erhöhen, um die Inflation zu bekämpfen? Offensichtlich nicht. Wenn man sich Geld leiht oder druckt, um importierte Energie in Dollar zu bezahlen, während man gleichzeitig steigende Doppeldefizite hat, ist das ein guter Weg, die eigene Währung zu zerstören. Und das bedeutet, dass die Inflation nicht vorübergehend ist. Daher muss die EU zwangsläufig per Diktat rationieren, genau wie im Krieg. Aber wie?

Im kinetischen Krieg sind die Antworten viel vorhersehbarer: Vorrang für die industrielle Herstellung von Artilleriegeschossen und Panzern. In einem Wirtschaftskrieg, in dem es um etwas ganz anderes geht – das grundlegende Funktionieren einer vielfältigen Verbraucherwirtschaft –, sind die Entscheidungen nicht so offensichtlich: z. B. Heizen der Haushalte gegenüber dem Betriebsbedarf der Hersteller; Industrie mit geringem Energieverbrauch gegenüber intensiver industrieller Nutzung; Industrien, die den strategischen Bedürfnissen der Verbraucher dienen, gegenüber Luxus- oder Sicherheitsbedürfnissen; und Abwägen zwischen Gerechtigkeit und hochrangigen politischen Verbindungen.

Dies sind die Fragen, die sich Ökonomen in vollständig geplanten Systemen täglich stellen – und die sie falsch beantworten, weil sie keine Preisbildungsmechanismen oder Rückkopplungsmechanismen haben, auf die sie ihre Entscheidungen stützen können.

Okay, wir alle wissen, dass die Pawlowsche Antwort der EU darin bestehen wird, einfach Geld in ‚erneuerbare‘ Energien zu stecken, aber wird das die richtige Antwort sein? Das europäische Geschäftsmodell besteht im Wesentlichen aus einer hochwertigen (d. h. kostspieligen) Produktion, die mit billiger Energie aus Russland versorgt wird. Wie der Guru der *Credit Suisse*, Zoltan Poszar, dargelegt hat: Nicht weniger als 2 Billionen Dollar an Wertschöpfung in der deutschen Industrie hängen von nur 20 Milliarden Dollar Gas aus Russland ab – das ist eine 100-fache Hebelwirkung. Es handelt sich um eine gewaltige umgekehrte Pyramide, die auf einer relativ winzigen Spitze aus fossilen Brennstoffen ruht. Glaubt irgendjemand wirklich, dass energiearme Windmühlen diese 2 Billionen Dollar deutscher Produktion in der Schwebe halten werden?

Unabhängig davon, aber als Teil des kollektiven Finanzkriegs des Westens gegen Russland, haben sich die G7-Finanzminister [darauf geeinigt](#), einen Plan zur Deckelung des Preises für russische Ölexporte zu verfolgen. Diese Initiative würde weder die separaten Embargos der G7-Länder noch die der EU gegen russisches Öl ersetzen, sondern sie wäre eine Ergänzung.

Da mehr als 90 Prozent der Schiffe weltweit über in London ansässige Versicherer wie Lloyds of London versichert sind, erwarten Beamte aus den USA und der EU, dass sich die Initiative massiv auf die russischen Energieeinnahmen auswirken wird. Die Obergrenze soll durch ein „umfassendes Verbot von (Versicherungs-)Dienstleistungen“ erreicht werden, die nur dann zulässig wären, wenn die Ladungen zu einem Preis oder unter einem Preis gekauft werden, der von einer „breiten Koalition von Ländern“ festgelegt wird.

Diese Regelung ist im Wesentlichen die Idee von US-Finanzministerin Janet Yellen: „Diese Preisobergrenze ist eines der wirksamsten Instrumente, die wir haben, um die Inflation zu bekämpfen

und Arbeitnehmer und Unternehmen in den USA und weltweit vor künftigen, durch globale Störungen verursachten Preisspitzen zu schützen.“

In Yellens Vision würde der Preis über dem Preisniveau liegen, das Russland benötigt, um seinen Staatshaushalt auszugleichen (und somit einen Anreiz für Russland darstellen, weiterhin Öl zu fördern), jedoch unter dem Preis liegen, der erforderlich ist, damit die westlichen Volkswirtschaften florieren – und niedrig genug sein, um Russlands Öleinnahmen zu schmälern und damit seine Wirtschaft und seine Kriegsanstrengungen zu schwächen.

Aber das wird nicht funktionieren. Russland kann die westliche Versicherung leicht ersetzen. Die beiden Hauptwege sind die

- Selbstversicherung: Sie legen einen Teil Ihrer Einnahmen in einen Fonds ein, um bei Bedarf Schäden zu begleichen) und die
- Gemeinschaftliche Versicherung: Sie gründen Ihre eigenen Versicherungsgesellschaften mit Beteiligung der Betroffenen. Shakespeare beschrieb dies bereits 1598 in *Der Kaufmann von Venedig*.

Einfach ausgedrückt: Russland kann sich problemlos auf anderen Märkten versichern, die sich nicht an dem Boykott beteiligen, darunter Dubai, Indien und China – und auch Russland selbst. Die Versicherung wird also nicht als wirksame Waffe gegen Russland dienen, und die Preisobergrenze wird scheitern.

Im Grunde hat Russland sowohl den militärischen Krieg in der Ukraine als auch den Krieg gegen die weltweiten Finanzsanktionen gewonnen (obwohl beides noch lange nicht vorbei ist). Je länger die Verweigerung andauert, desto mehr wird Europa wirtschaftlich geschädigt werden. Das ist offensichtlich; und ebenso offensichtlich ist, dass es diesen Winter in Europa hässlich werden wird.

Doch bisher hat die EU-Führung ihre Fehler verdoppelt, da sie der Meinung ist, dass die Situation ihren umfassenderen Ambitionen dient. Die Anfangszeit der Pandemie in Europa war dadurch gekennzeichnet, dass die Mitgliedstaaten – etwas chaotisch – ihre eigenen nationalen Bedürfnisse an die erste Stelle setzten (wenn auch vor dem Hintergrund der völligen Unfähigkeit der EU). Der soziale Abstand betrug in einem Land 1 m, in einem anderen 2 m; die Anforderungen an die Maske und die Regeln für soziale Zusammenkünfte waren sehr unterschiedlich – und in Deutschland sogar von Region zu Region verschieden.

Machtergreifung

Das EU-Establishment hat jedoch mit Verspätung gehandelt. Es witterte in dieser Krise den stehenden Geruch einer Chance: Es begann mit einer Machtübernahme. Es ergriff die europaweite Kontrolle über Impfstoffverfahren, Reisebeschränkungen und – mit der Abriegelung (Lockdown) – Notfallbefugnisse über das Leben der Bürger.

Angesichts des Energieausfalls beruft sich die EU erneut auf „Notstandsbefugnisse“, und die Medien machen düstere Schlagzeilen, die Angst einflößen. In Brüssel wird dies als eine weitere Gelegenheit für die Elite gesehen, den 27 Mitgliedstaaten einen Interventionsstopp aufzuerlegen und die zentrale Kontrolle über Angelegenheiten zu übernehmen, die früher in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fielen und häufig der parlamentarischen Rechenschaftspflicht unterlagen.

Die Obergrenzen und Verordnungen sind bereits in Arbeit, und am 13. September wird die EU erwägen, sich selbst die besagten Befugnisse zu erteilen, um Versorgungsleitungen „neu zu organisieren“, **Vermögenswerte zu beschlagnahmen**, Handelsverträge umzuschreiben, Vorratshaltung anzuordnen und den Vorrang von EU-Bestellungen vor allen anderen durchzusetzen.

Die Energiekrise wird auf diese Weise „genutzt“ werden. Das Ziel ist immer die zentrale Kontrolle. Für die Ideologen ist es jetzt auch die Gelegenheit, die „Entfossilisierung zu beschleunigen“ und den „Rückschritt bei den erneuerbaren Energien“ anzuprangern – ungeachtet der Schmerzen, die den Bürgern auferlegt werden. Diese Botschaften überschwemmen die europäischen Websites.

Die deutsche Außenministerin (Grüne) hat es klar und deutlich gesagt: Ich werde die Ukraine an die erste Stelle setzen, „egal was meine deutschen Wähler denken“, oder wie schwer ihr Leben wird.

Stellt sich die Frage, ob dies die Agenda des WEF (Davos) ist, die sich entfaltet? Es wäre schwierig, mit einem kategorischen „Nein“ zu antworten.

Auf jeden Fall ist die EU wie eine Dampfwalze aufgebaut, die den Weg zu mehr zentraler Kontrolle, mehr Nachrichtenmanagement und mehr Überwachung der Bürger immer weiter ebnet. Der Acquis*, der EuGH und die Bürokratie schreiten einfach unaufhaltsam voran: Ein Rückwärtsgang war nie vorgesehen. Tatsächlich gibt es in der Architektur fast keine Möglichkeit der Umkehr, es sei denn, man beruft sich auf Artikel 50 – den Austritt aus der Union, und das wurde absichtlich unerträglich schmerzhaft gemacht.

*Acquis bezeichnet den Besitzstand der EU, d.h. die Gesamtheit des gültigen EU-Rechts in der EU.

Erwarten Sie also, dass die Staats- und Regierungschefs der EU dogmatisch an der Umwandlung der EU in eine Planwirtschaft nach sowjetischem Vorbild festhalten werden. Und sie werden sogar noch mehr Befugnisse anstreben, je mehr die Wirtschaft schwächelt. Die EU ist zuversichtlich, dass öffentliche Proteste gewaltsam unterdrückt werden können und werden, möglicherweise mit der Armee auf der Straße. Die Proteste haben begonnen. Aber es ist erst September, und der Dunst des Sommers liegt noch in der Luft ... der Winter kündigt sich an, scheint aber noch in weiter Ferne zu liegen.

Sicher ist, dass mit der massiven Stützung der Nachfrage durch weitreichende Rettungsmaßnahmen durch die EU – in einer Zeit, in der das Angebot bereits eingeschränkt ist und durch Störungen und Engpässe im Sinne der Planwirtschaft noch verschärft wird – eine höhere Inflation bevorsteht und der Euro „Toast“ sein wird.

Gibt es einen Ausweg? Vielleicht wird eine Figur auftauchen und alle überraschen. Vielleicht werden der Absturz des Euro und die Ergebnisse der US-Zwischenwahlen im November der Katalysator sein, der es einer solchen Figur ermöglicht, aufzutreten und eine Vision zu artikulieren, die eine Lösung zu bieten scheint. Die Lösung ist schließlich ziemlich offensichtlich. Aber zuerst kommt der Schmerz ...